



Aufräumen, Aufbauen, Zukunft gewinnen

SPD

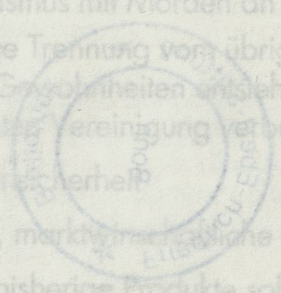
Mecklenburg-Vorpommern

- Wahlprogramm -

Landtagswahl 14. Oktober 1990

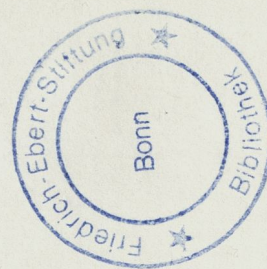
Beschlossen beim Landesparteitag

am 25. + 26. August 1990 in Neubrandenburg



Inhalt

Politik für unser Land	3
<i>Aufräumen, Aufbauen, Zukunft gewinnen</i>	3
In Mecklenburg-Vorpommern leben und arbeiten	4
<i>Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik</i>	4
<i>Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage</i>	5
<i>Für einen gesunden leistungsfähigen Mittelstand</i>	6
<i>Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft fördern</i>	7
<i>– Technologieberatungszentren einrichten</i>	7
<i>Infrastruktur ausbauen</i>	7
<i>Maßnahmen sozialdemokratischer Energiepolitik</i>	8
<i>Industriellen Strukturwandel fördern</i>	8
SPD-Agrarprogramm	8
<i>Chancengleichheit und Strukturwandel in der Landwirtschaft</i>	8
Für soziale Sicherheit	12
<i>Maßnahmen sozialdemokratischer Sozialpolitik</i>	12
<i>Maßnahmen sozialdemokratischer Gesundheitspolitik</i>	12
Politik mit und für Frauen	13
Verwaltung und Justiz – bürgernah und glaubwürdig	13
<i>Eine funktionsfähige Justiz ist Grundlage des wirtschaftlichen Lebens</i>	14
<i>Verwaltungen, klein und effektiv</i>	14
<i>Durchsetzung der öffentlichen Ordnung</i>	14
<i>Miteinander leben</i>	14
Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport	15
<i>Bildungschancen sind Lebenschancen</i>	15
<i>Wissenschaft in Freiheit</i>	15
<i>Kultur – ein Ausdruck von Lebensqualität</i>	16
<i>Sport – eine Form der Lebensäußerung</i>	16
Umweltschutz und Tourismus	17
<i>Umwelterziehung und Umweltforschung</i>	17
<i>Naturschutz</i>	17
<i>Gewässerschutz</i>	17
<i>Bodensanierung/Bodenschätze</i>	18
<i>Abfall: Vermeiden, Vermindern, Verwerten</i>	18
<i>Ökologische Stadtentwicklung</i>	18
<i>Für einen sanften Tourismus</i>	18



C91-610

Politik für unser Land

Aufräumen, Aufbauen, Zukunft gewinnen

Mecklenburg-Vorpommern ist ein schönes Land in Deutschland mit fleißigen, bodenständigen Menschen. Wir sind stolz auf unser Land. Aus einer Randlage zwischen den Blöcken sind wir wieder in das Zentrum eines großen Europa gerückt.

Als „Land am Mittelmeer des Nordens“ sind wir Bindeglied zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West. Gewachsene Handelswege sind ein zukunftsträchtiges Kapital unseres Landes.

An vielen Städten liest man unsere alte Tradition der Hanse ab. Auf der Grundlage dieser guten Tradition erschließen wir uns eine moderne Zukunft.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein hervorragender Wirtschaftsstandort. Eine hochmotivierte und -qualifizierte Arbeitnehmerschaft nimmt die technologische Entwicklung bereitwillig auf. Eine Bildungs- und Kulturlandschaft mit Geschichte und ein attraktives Freizeitangebot runden die Qualitäten des Standortes ab.

Heute aber durchleben die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit ihren Landsleuten in den anderen neuen Bundesländern

- mit rapide steigender Arbeitslosigkeit
- wachsenden Sorgen um Grund und Boden für Wohnhäuser und landwirtschaftliche Nutzflächen
- unzureichender Finanzierung der Kommunen
- Absatzkrisen für Gewerbe- und Landwirtschaft
- Zusammenbruch neugegründeter Existenzen
- Mangel an Gewerberäumen und -flächen
- Fortdauer der Behauptung vieler alter Strukturen

die größte wirtschaftliche Krise seit dem Zusammenbruch 1945.

In ihr werden jetzt die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen der SED-Diktatur in einem für uns alle schmerzhaften Prozeß aufgedeckt.

Die vielen Ratschläge der PDS/SED weisen wir daher mit Entschiedenheit zurück, sie alle führen nur zurück zum Stalinismus mit Morden an den Grenzen und Zerstörung jeglicher Eigeninitiative.

Die über 40jährige Trennung vom übrigen Deutschland hat zudem unter dem Druck der SED-Diktatur Denkweisen und Gewohnheiten entstehen lassen, die es heute vielen Bürgern schwermachen, sich auf die mit der ersehnten Vereinigung verbundenen Veränderungen ihrer Lebensweise einzustellen.

Ratlosigkeit und Unsicherheit

- Schwierigkeiten, marktwirtschaftliche Mechanismen konkret zu verstehen
- Unmöglichkeit, bisherige Produkte sofort in Preis und Ausstattung konkurrenzfähig zu produzieren und zu vermarkten
- Behauptung alter Kader, die unwillig oder unfähig sind, sich den neuen Herausforderungen zu stellen oder sogar ihre Stellung zur persönlichen Bereicherung oder Machtmißbrauch nutzen
- machtvolleres Eindringen westlicher Geschäftsleute, insbesondere im Handel

bei vielen kennzeichnen daher die *Übergangszeit*, in der wir uns befinden.

Unserer Landwirtschaft und Industrie wurden alte Selbstversorgungs- und Abschottungsgedanken und das Streben nach ineffektiven Großeinheiten verordnet.

Der Mittelstand – in dem Eigeninitiative des Bürgers und kreatives Handeln ihren besten Ausdruck finden und das Rückgrat jeder Wirtschaftsgesellschaft darstellen – wurde stranguliert und zerschlagen.

Ein Staat, der alle Entscheidung und alles Handeln an sich zog und dem Bürger keine Freiräume ließ, hat die Menschen entmündigt und die Risikofreudigkeit zurückgedrängt.

Alte, ineffektive Industriestrukturen zerfallen rasch, ohne daß es sofort möglich ist, neue auffangfähige Strukturen zu schaffen. Im ländlichen Raum zerfallen wirtschaftliche Betriebe, die für einen künftigen Mittelstand notwendig sind.

Angst und Unsicherheit greifen um sich. Oft gebärden sich die alten Kader schlimmer als die ärgsten Frühkapitalisten.

Die Herausforderungen, die an die Menschen unseres Landes gestellt werden, sind gewaltig. Wir Sozialdemokraten wollen uns ihnen gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern stellen.

Wir werden *aufräumen* nach Jahrzehnten der Mißwirtschaft, *Aufbauen* zukunftsträchtiger Strukturen ist unser Ziel. Wir wollen *gemeinsam Zukunft gewinnen* für ein modernes Mecklenburg-Vorpommern.

Wir Sozialdemokraten stehen dafür ein,

- diese Krise mit der größtmöglichen Stärkung privater Initiativen und dem in den westlichen Bundesländern bewährten wirtschaftspolitischen Instrumentarium sozialverträglich zu gestalten
- und mit der vollen Nutzung der Unterstützung der westlichen Bundesländer und der EG den Aufbau in Mecklenburg-Vorpommern so zu gestalten, daß jedes Jahr das Zusammenwachsen der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland für alle Bürger und Bürgerinnen deutlich erkennbar wird.

In Mecklenburg-Vorpommern leben und arbeiten

Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Auf dem Feld der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes entscheidet sich unsere Zukunft.

Sozialleistungen, Aufwendungen für Bildung und Kultur, Leistungen für unsere Umwelt – alles, was wir verteilen wollen, muß von den Menschen und der Wirtschaft dieses Landes erarbeitet werden. Förderungen durch den Bund und die EG können diese Anstrengungen nur ergänzen.

Gerade in den schwierigen Zeiten wirtschaftlichen Strukturwandels werden Unterschiede zwischen den Handlungskonzepten der Parteien am deutlichsten:

Oberstes Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es, den Menschen Arbeit und Brot zu verschaffen. Wir sind nicht bereit, uns mit Arbeitslosigkeit abzufinden.

Dabei achten Sozialdemokraten darauf, daß bei wirtschaftlicher Entwicklung und Industrialisierung unsere Umwelt erhalten wird und – wo sie beschädigt ist – wiederhergestellt wird.

- Wir wissen, daß es unsinnig ist, gegen den wirtschaftlichen Strukturwandel anzuschubventionieren. Dies beweist schon unsere eigene Vergangenheit. Ökonomisch notwendige Maßnahmen müssen aber sozialverträglich abgedeckt erfolgen.
- Wir Sozialdemokraten wissen, daß man jede Mark nur einmal ausgeben kann, und wir wollen Geld nicht für Arbeitslosigkeit ausgeben, sondern neue Arbeit finanzieren.
- Der Staat hat die Aufgabe, verantwortlich und kontrollierbar Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die einzelnen Landesteile gleichmäßig entwickeln können und die Menschen ihre Freiräume für wirtschaftliches Handeln finden.
- Wir Sozialdemokraten wollen Ansprechpartner der in der Wirtschaft tätigen Menschen sein. Wir wollen insbesondere den offenen Dialog mit den Gewerkschaften und den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer in den Betrieben und Einrichtungen. In enger Koordination mit den Gewerkschaften, mit Unternehmern und Selbständigen, mit Verbänden und Kammern, mit Ministerien und Arbeitsämtern werden wir unsere Initiativen zur Beschäftigung starten.

Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage

1. Einrichtung von Wirtschaftsförderungseinrichtungen auf kommunaler, regionaler und Landesebene
Eine sozialdemokratische Landesregierung wird auf allen drei Ebenen sofort Wirtschaftsfördereinrichtungen fördern, bei denen
 - auf kommunaler Ebene
 - die Vorbereitung von Gewerbeflächen und -räumen und
 - die Beschaffung von behördlichen Genehmigungen „aus einer Hand“,
 - auf regionaler und Landesebene
 - Transparenz über Gewerbeflächen und Förderinstrumente (lokal, regional, Land, Bund, EG) als Service für die kommunale Ebene und Investoren
 - Bereithaltung von Beratungsteams für spezielle Investitionen
 - eine Landesentwicklungsgesellschaft mit integrierten Entwicklungsmöglichkeiten
 - Einbeziehung der Treuhand in die Regionalpolitikim Vordergrund stehen.
2. Sofortige Nutzung von freien Gewerbeflächen
Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich dafür einsetzen, die offenen Eigentumsfragen so zu lösen, daß die sofortige Nutzung von Gewerbeflächen und -räumen durch interessierte Unternehmer möglich wird.
Hierzu werden in Zweifelsfällen Landesbürgschaften bereitgestellt.
3. Personalaustausch fördern
Eine sozialdemokratische Landesregierung wird ein großes Personalaustauschprogramm verwirklichen, bei dem
 - in großer Zahl aus hiesigen Betrieben und Verwaltungen Fachkräfte zu mehrwöchigen Weiterqualifizierungen in entsprechende Verwaltungen und Betriebe der westlichen Bundesländer entsandt werden
 - in großer Zahl Experten aus Verwaltungen und Betrieben der westlichen Bundesländer mehrwöchig in hiesige Verwaltungen und Betriebe integriert werden.Damit soll praktisch in jeder Verwaltungs- und Betriebseinheit schon in den nächsten Monaten eine engere Verzahnung von Know-how erreicht werden.
Zur Realisierung sind über die bestehenden Beratungs- und Austauschprogramme mit den Ländern NRW, Schleswig-Holstein, mit Partnerstädten Seniorenberatungsprogrammen und betrieblichen Kooperationen weitere Träger einzubeziehen.
Ein finanzieller Anreiz für die Experten soll durch Verzicht auf die Besteuerung ihrer Einkommen geschaffen werden.
4. Förderkonditionen
Der im Einigungsvertrag vereinbarte Förderungsvorsprung für die bisherigen DDR-Länder wird von uns unverzüglich für die Entwicklung der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns genutzt.
Die Erfahrungen der westlichen Bundesländer legen wir dabei zugrunde.
5. Programm der 1000 Plätze
Wir Sozialdemokraten treten für das Recht eines jeden Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz ein. Wir werden für junge Menschen, die in der Wirtschaft keine Ausbildungsplätze erhalten haben, das „Programm der 1000 Plätze“ auflegen, um über überbetriebliche Ausbildung die Grundlage für den späteren Berufseinstieg zu schaffen. Wir werden uns dabei an Unternehmen und Kammern und sonstige Partner der Wirtschaft wenden, um diese gemeinsame Anstrengung zu schaffen.

6. Für ein wirksames Verbraucherberatersystem

Land und Kommune haben die Aufgabe, für den Bürger ein wirksames Verbraucherberatungssystem aufzubauen. Dazu gehört neben der Konsumentenberatung eine Kreditberatung und Hilfestellung für Arbeitslose.

7. Stadt- und Dorferneuerung

Wir setzen uns für umfassende Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung ein und fördern dabei den privaten und gesellschaftlichen Wohnungsbau.

8. Sofortprogramm „Arbeit und Umwelt“

Um die größtmögliche Beschäftigungspolitik zu erzielen, werden wir das Sofortprogramm „Arbeit und Umwelt“ auflegen.

9. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften

Um das Engagement der Menschen für den wirtschaftlichen Wandel zu stimulieren und Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, bilden wir Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften.

Für einen gesunden, leistungsfähigen Mittelstand und für starke Handwerksbetriebe, freie Berufe und Gewerbetreibende

- Ein gesunder, lebensfähiger Mittelstand, freie Berufe, Gewerbetreibende sowie starke Handwerksbetriebe werden das Rückgrat unserer Wirtschaft sein. Über Existenzgründungshilfen und intensive Betriebsberatungen werden wir neue Arbeitsplätze schaffen und den Bestand sanierungswürdiger Unternehmen sichern.
- Zum schnellen Aufbau unserer Wirtschaft gehört Mecklenburg-Vorpommern in die Förderkulisse der Europäischen Gemeinschaft. Es muß sich lohnen, bei uns zu investieren. Wir werden die Aufnahme unseres Gebietes in die EG-Programme für wirtschaftliche Förderregionen betreiben.
- Über eine Investitions- und Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern, an der sich das Land beteiligen wird, wollen wir Firmen vor allem bei der Finanzierung von Investitionsprojekten fördern.
- Förderung für marktwirtschaftliche Schulungen in Kooperation mit den Kammern, Berufsgenossenschaften und den Gewerkschaften.
- Förderung für Unternehmensberatungen
- Setzung von Prioritäten bei der Vergabe von ungenutztem Boden und Immobilien der Treuhand für den Mittelstand.
 - Fristsetzung für brachliegende Flächen zur Nutzungsweitergabe bzw. Verkauf
 - Öffentliche Ausschreibung mit Vorzug für Betriebsangehörige des derzeitigen Bodeneigentümers
 - Attraktive Preisgestaltung bei Verkauf.
- Unterstützung bei der Schaffung von Technologie- und Gewerbeparks.
- Für dringend benötigte Investitionen werden wir Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung stellen. Dazu gehört die Sanierung von Altflächen.
- Eine natürliche Ressource unseres Landes ist der Tourismus. Wir setzen auf die Initiative unserer Bürger, die schon in allen Teilen des Landes ein florierendes Fremdenverkehrswesen aufbauen. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich bemühen, die erforderlichen Infrastruktureinrichtungen zu schaffen.
- Zur Förderung des Absatzes einheimischer Produkte werden wir die Durchsetzung eines Markenzeichens für Mecklenburg-Vorpommern unterstützen.

Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft fördern – Technologieberatungszentren einrichten

Forschung und Wissenschaft nehmen in ihrer Bedeutung für alle Lebensbereiche zu und müssen gefördert werden. Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern ist es notwendig, die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu verbessern. Hierzu müssen eine Technologieberatung für kleine und mittlere Unternehmen aufgebaut und Technologiezentren errichtet werden.

Infrastruktur aufbauen

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung insgesamt ist der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur (Straßen, Schienennetz, Telekommunikation). Das schafft Arbeitsplätze und günstige Standorte für Investoren.

- Wir Sozialdemokraten werden eine Verkehrspolitik der Vernunft machen, bei der die verschiedenen Verkehrsarten ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend koordiniert werden und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer oberstes Gebot ist.
- Wir werden den Neu- und Ausbau eines leistungsfähigen Straßennetzes (mit Ortsumgehungen und einem funktionstüchtigen Radwegenetz) vorantreiben, ohne unsere Landschaft zuzubetonieren.
- Wir werden eine große Ost-West-Magistrale zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern schaffen.
- Wir brauchen eine dichte infrastrukturelle Vernetzung (Straße, Schiene, Telekommunikation) in Mecklenburg-Vorpommern sowie die Schaffung einer Nord-Süd-Schwerlastschiene.
- Im Güterfernverkehr gehört der Schiene schon aus Umweltgründen der Vorrang.
- Wir erwarten vom Bund die Finanzierung der Elektrifizierung unserer Bahnlinien.
- Als einziges Land der DDR mit eigenen Häfen werden wir auf einer Konferenz der deutschen Häfen hinwirken, um ein geschlossenes Hafenkonzept zu entwickeln und unnötige Konkurrenz zu vermeiden.
- Wir wollen den Flughafen Laage/Kronskamp ausbauen und damit einen wichtigen Standortvorteil gewinnen.
- Als großes Flächenland mit weiten, ländlichen Räumen werden wir im Zusammenwirken mit den Kommunen und Privaten einen leistungsfähigen, öffentlichen Personennahverkehr für die Bürger sichern.
- Wir Sozialdemokraten sind für Abrüstung. Beim Abbau der Militärpotentiale darf aber nicht vergessen werden, daß das Militär in Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Die Rüstungsproduktion, die auf friedliche Produktion umgestellt werden muß, bedeutete in der Vergangenheit Arbeitsplätze. Für die Städte sind stationierte Soldaten und ihre Familien Mitbürger und Konsumenten.
- Eine sozialdemokratische Landesregierung wird beim Abbau der Militärpotentiale diese Besonderheiten berücksichtigen. Wir fordern ein Bundesprogramm für Konversion und für die Strukturverbesserung ehemaliger Militärstandorte.
- Die Nutzung von bisherigen militärischen Gebäuden, Anlagen und Flächen für die kommunale und regionale Wirtschaftsförderung ist zu sichern. Eine Übergabe an die Bundeswehr muß die Ausnahme bilden.

Maßnahmen sozialdemokratischer Energiepolitik

Eine Kursänderung in der Energiepolitik ist Voraussetzung dafür, daß die Abgasschwaden aus unseren Städten verschwinden und das Waldsterben beendet wird. Eine auf der Technik der Kraft-Wärme-Kopplung beruhende dezentrale Versorgung mit Strom und Wärme ist hier z. Z. in der Regel die beste Lösung.

Der spezifische Energieverbrauch ist in unserem Land im Vergleich mit modernen Standards viel zu hoch. Daher ist die „Einsparenergie“ unsere größte, billigste und zugleich sauberste Energiequelle. Die Einsparpotentiale exakt zu erforschen und umzusetzen, wird eine vorrangige Aufgabe sein.

Eine Technik wie die Atomenergie, die niemals versagen darf und der gegenüber die Menschen niemals versagen dürfen, weil die Folgen nicht beherrschbar sind, kann nicht verantwortet werden. Wir setzen uns dafür ein, daß demgegenüber auch am Energiestandort Greifswald mit modernen, umweltgerechten Technologien Energie erzeugt wird.

Die Erfahrungen in der Bundesrepublik zeigen, daß auch eine dezentrale Organisationsstruktur notwendig ist, will man eine intelligente, flexible und damit optimale Nutzung unterschiedlicher Energieträger erreichen. Wir Sozialdemokraten setzen uns deshalb dafür ein, daß die Energiewirtschaft weitestgehend in den Händen der Kommunen liegt.

Die Entwicklung regenerativer Energien ist ein Schritt in die energiepolitische Zukunft. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich für eine anwendungsbezogene Entwicklung dieser Technologien in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Insbesondere wollen wir ein Programm zur Förderung der Windenergie und der Geothermik auflegen.

Industriellen Strukturwandel fördern

Wir wissen, daß es unsinnig ist, gegen den Strukturwandel anzuschubventionieren. Deshalb unterstützen wir alle Initiativen, die von veralteten Produkten und Technologien wegführen und eine Diversifizierung der Produktpalette der Unternehmen ermöglichen.

- In diesem Sinne braucht unser Schiffbau Anpassungshilfe entsprechend der Werftenhilfe im Bundesprogramm.
- Wir werden ein Küstenstrukturprogramm vorlegen.
- Die Entflechtung der alten Wirtschaftseinheiten muß weiter vorangetrieben werden. Dabei appellieren wir an die Bürger, nicht nur über die alten Kader zu schimpfen, sondern sich selbst mutig als Alternativen durchzusetzen.
- Wir fordern gemeinsam mit den anderen Ländern der DDR ein *Sonderaufbauprogramm* als große gesamtdeutsche Kraftanstrengung.

Chancengleichheit und Strukturwandel in der Landwirtschaft

Unser Mecklenburg-Vorpommern wird auch als Bundesland ein Zentrum der Landwirtschaft bleiben. Es braucht deshalb eine vielfältig strukturierte, leistungsstarke und umweltfreundliche Agrar- und Ernährungswirtschaft, die in den Europäischen Gemeinschaften bestehen kann. Entsprechend den natürlichen Voraussetzungen, der Beschäftigungsstruktur und der Tradition der Bevölkerung sowie den grundsätzlich gegebenen Möglichkeiten für die Entwicklung der Industrie, werden in unserem Land auch in Zukunft mehr landwirtschaftliche Produkte erzeugt werden müssen, als für den Eigenbedarf erforderlich sind. Nur dann werden die Menschen auf absehbare Zeit ein ausreichendes, der allgemeinen Wohlstandsentwicklung entsprechendes Einkommen finden.

Gegenwärtig befindet sich die Agrar- und Ernährungswirtschaft, die Forstwirtschaft und die Fischerei in Mecklenburg-Vorpommern in einer tiefen existenzbedrohenden Krise. Der überstürzte Weg in die

Marktwirtschaft hat alle agrarwirtschaftlichen Bereiche hart getroffen und an den Rand einer Katastrophe geführt. Es ist plötzlich deutlich geworden, daß die Betriebe aller Produktionsstufen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht wettbewerbsfähig sind und nicht marktgerecht produzieren. Das ist sicher nicht durch die Bauern und andere Beschäftigtengruppen verschuldet. Der Zustand ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Agrarpolitik.

Jetzt kommt es darauf an, sofort und wirksam zu helfen, um das Überleben der Landwirtschaft in den nächsten Monaten zu gewährleisten. Es ist weiterhin erforderlich, gezielt und großzügig zu fördern, um die schnelle Anpassung an die Bedingungen der Europäischen Gemeinschaften zu ermöglichen: „Chancengleichheit und Strukturwandel“, das ist unser SPD-Agrarprogramm der Hilfe zur Selbsthilfe.

1. Die SPD fordert als Sofortmaßnahmen

- Stützungen und zentrale Entscheidungen für umfangliche Exporte, insbesondere von tierischen Produkten in Drittländer, um die aufgestauten Überschüsse aus dem Markt zu nehmen und den Preisverfall aufzuhalten.
- Angemessene Finanzausschüsse, um die unverschuldete drohende Zahlungsunfähigkeit der Betriebe abzuwenden.
- Entschuldung der Betriebe durch Streichung oder mehrjährige Aussetzung der Altkredite.
- Staatlich verbürgte kostengünstige Kredite, bis der Anschluß an die Marktwirtschaft hergestellt ist und andere Möglichkeiten der Kreditsicherung in Anspruch genommen werden können.

2. Die SPD fordert nicht nur die verfassungsrechtliche, sondern die tatsächliche Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. Es kommt darauf an,

- Rückgabeforderungen endgültig auszuschließen.
- Die Bauern aus Mecklenburg-Vorpommern bei Kauf oder Pachtung von bisher volkseigenem Grund und Boden für die Übergangszeit zu begünstigen. Der §53 (3) des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes muß geltendes Recht bleiben.
- Die von den zentralen Treuhandstellen geplante schnelle Veräußerung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen zur Sanierung des Staatshaushaltes und der gewerblichen Wirtschaft zu verhindern.
- Volkseigenes Grundvermögen aus zentraler „Treuhandschaft“ an eine gemeinnützige Landgesellschaft zu übertragen, welche die Verpachtung, den Verkauf oder die anderweitige Verwertung von Boden langfristig und im Interesse der Bürger wahrnimmt.

3. Die SPD setzt sich dafür ein, daß unserer Landwirtschaft ein Anpassungszeitraum von mind. drei bis fünf Jahren gewährt wird, in welchem die Höhe der Fördermittel, die Fördergrenzen und die Steuern den Ausgangsbedingungen und der notwendigen Entwicklung angepaßt sind. Alle landwirtschaftlichen Nutzflächen in Mecklenburg-Vorpommern müssen als benachteiligte Gebiete eingestuft werden und den Regelungen der EG entsprechend gefördert werden.

4. Die SPD besteht darauf, daß volkseigene Güter auf der Grundlage des entsprechenden einstimmig beschlossenen Gesetzes der Volkskammer nicht für Bundesinteressen verkauft, sondern in das Eigentum von Mecklenburg-Vorpommern übertragen werden. Soweit öffentliches Interesse besteht, sollen sie als Staatsgüter (Saatzucht, Lehr- und Versuchsgüter) fortbestehen oder im Interesse des Landes privatisiert werden.

5. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern erklärt ihre Solidarität mit den Grundforderungen der landwirtschaftlichen Berufsverbände, die während der Bauerndemonstrationen am 15. August erhoben wurden.

Die SPD erwartet von den Verbänden, daß sie die Bauern bei der aktiven Einstellung auf marktwirtschaftliche Bedingungen wirksam unterstützen.

6. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß
- die Erzeugung und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe gefördert wird (Rapsöl, Stärke).
 - die Stilllegung von Flächen vor allem bei ertragsschwachen Böden und Zentren des Fremdenverkehrs, in Trinkwasserschutzgebieten und in Naturvorranggebieten geschieht.
 - die Schlachtrinderproduktion unter Ausdehnung der Gründlandwirtschaft und der Einbeziehung geeigneter Rinderrassen extensiert wird.
 - Pflanzen und Tierproduktion nicht länger getrennt bleiben.
 - der Ausverkauf wertvoller Pflanzenarten, Sorten und Zuchttiere sofort unterbunden wird.
 - übermäßige Tierbestandskonzentrationen abgebaut und artgerechte Formen der Tierhaltung durchgesetzt werden.
 - Mecklenburg-Vorpommern entsprechend seiner Produktionsstruktur und Einkommensgrundlage eine angemessene Milchquote erhält.
 - die Milchmengenreduzierung um 20 % entgegen den Vorstellungen der jetzigen Bundesregierung auf zwei Jahre ausgedehnt wird und daß die entstehenden Einkommensverluste ausgeglichen werden.
 - der standortgerechte beschleunigte Aufbau einer leistungsfähigen Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie für die Herstellung von Markenprodukten und ein leistungsfähiges Management für die Vermarktung größtmögliche Förderung erfährt. Sie wird umgehend ein Aufbau- und Modernisierungsprogramm für die Lebensmittelindustrie aufstellen. Mecklenburg-Vorpommern soll kein Rohstoffland werden.
7. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die unvermeidliche Verringerung der Anzahl Beschäftigter in der Agrar- und Erneuerungswirtschaft dadurch zu mildern, daß sie über mind. drei Jahre verteilt wird.
- Durch Mitbestimmung aller Beschäftigten auf neuen gesetzlichen Grundlagen, durch Einkommensbeihilfen, Vorruhestandsregelungen, Förderung von Umschulungen wird sie die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Ausgliederung sozialverträglich erfolgt und der Entwicklung der Infrastrukturen und der technischen Ausstattung der Betriebe entspricht.
8. Eine SPD-geführte Landesregierung
- fördert die agrar- und steuerrechtliche Gleichbehandlung aller Betriebe unterschiedlicher Produktions- und Rechtsformen und ermöglicht dadurch die Entstehung einer vielfältigen Agrarstruktur.
 - unterstützt die unverzügliche Bildung von Beratergruppen, welche den Bauern bei der Ausarbeitung von Gründungs-, Sanierungskonzepten und von Entwicklungsplänen zur Seite stehen und über alle Fördermöglichkeiten informieren. Ein Programm zur Förderung junger Landwirte wird aufgelegt.
 - wird Überbrückungshilfen degressiv und Strukturfördermittel progressiv einsetzen, um den Strukturwandel im Interesse der marktwirtschaftlichen Anpassung zu beschleunigen.
 - orientiert auf die Entflechtung und baldmögliche geordnete Überführung der bisherigen LPG in eingetragene Genossenschaften sowie andere privatwirtschaftliche Betriebe und Unternehmen, die den Anforderungen an die soziale Marktwirtschaft entsprechen.
 - wird die Rahmenbedingungen dafür herstellen, daß EG-gemäße Betriebe der Gruppenlandwirtschaft entstehen können.
 - fördert die Gründung von Musterbetrieben als Kapital- oder Personengesellschaften sowie als einzelbäuerliche Betriebe im Haupt-, Neben- und Zuerwerb in den verschiedenen Regionen des Landes.

- wird sich dafür einsetzen, daß nicht mehr verwertbare Anlagen und andere Investitionen aus der Zeit des Staatssozialismus, die eine schnelle Umstrukturierung verhindern, unter Staatshaftung aus der Bilanz genommen werden können.
9. Die SPD fördert den ländlichen Raum durch ein besonderes Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP). Dazu gehören Maßnahmen zur Dorferneuerung, des Aufbaus einer bedarfsgerechten Ver- und Entsorgung, der Entwicklung von Verkehrsinfrastrukturen. Jährlich werden in 34 Dörfern des Landes Erneuerungsmaßnahmen beginnen.
10. Die SPD steht dafür ein, daß die ökologische und landeskulturelle Funktion des Waldes Vorrang vor der Holzgewinnung hat.
- Die Forstpolitik in Mecklenburg-Vorpommern wird darauf gerichtet,
- die Wälder zu revitalisieren.
 - den Waldbestand durch größtmögliche Aufforstung stillgelegter Ackerflächen zu vergrößern.
 - die Wildbestände an die naturgegebenen Verhältnisse in den Wäldern anzupassen und zu kontrollieren.
 - den Waldbestand in vormals militärischen Sperrgebieten zu erfassen, in Landeseigentum zu überführen, ordnungsgemäß zu bewirtschaften und für die Bevölkerung zugänglich zu machen.
 - die Forstverwaltung durch Einrichtung von Einheitsforstämtern unter Wahrung aller Eigentumsformen neu zu gestalten.
11. Die SPD wird im Bereich der Fischerei dafür sorgen, daß
- den Fischern in Mecklenburg-Vorpommern die bisherigen Fangquoten in der Ostsee auch nach der Herstellung der deutschen Einheit erhalten bleiben. Sie wird sich dafür einsetzen, daß nun auch der heimischen Fischerei der Zugang zu nicht ausgefischten Quoten in den bisherigen EG-Meeren möglich wird.
 - alle Möglichkeiten der EG für die Modernisierung der Kutterflotten und der nachgelagerten Verarbeitungsbetriebe genutzt werden.
 - die Binnenfischerei stärker als bisher am Markt und an ökologischen Erfordernissen orientiert wird.
12. Eine SPD-Regierung wird dafür sorgen, daß die dringend notwendige Verbesserung des Küstenschutzes in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern eine besondere Förderung erfährt. Durch Raumordnungsmaßnahmen wird eine Bebauungsgrenze zu den Küstenabschnitten festgelegt.
13. Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß
- die Landwirtschaftskammern schnell arbeitsfähig werden, um dem besonderen Beratungsbedarf im Agrarbereich zu entsprechen.
 - die traditionsreichen Untersuchungs- und Forschungsanstalten (LUFA) wieder ins Leben gerufen werden.
14. Die Wissenschaftspolitik im Agrarbereich ist darauf gerichtet, die Angleichung der Forschungseinrichtungen an bundesdeutschen Rechtsformen zu fördern und leistungsfähige Forschungspotentiale für zentrale Aufgaben und für Landesaufgaben in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten oder zu entwickeln. Die wissenschaftlichen Einrichtungen sollen für innovative Forschungen geeignet sein und den Umstrukturierungsprozeß in der Landwirtschaft helfend begleiten.
15. Die SPD setzt sich für eine vielseitige, den neuen Anforderungen entsprechende Berufsausbildung für die Agrar- und Ernährungswirtschaft auf allen Bildungsebenen ein.

Für soziale Sicherheit

Eine gerechte, solidarische Gesellschaft fordert von den Menschen, sich füreinander verantwortlich zu fühlen, einander zu helfen und die Schwachen vor den Stärkeren zu schützen. Soziale Gerechtigkeit und Sicherheit werden auch bei uns nicht selbstverständliches Ergebnis einer marktwirtschaftlichen Ordnung sein, sondern erfordert den aktiven Einsatz der Politik.

Maßnahmen sozialdemokratischer Sozialpolitik

Grundsätzlich setzen wir uns für Projekte ein, die Hilfe zur Selbsthilfe leisten, die Menschen nicht zu Abhängigen einer Sozialbürokratie machen, sondern ein eigenbestimmtes Leben in einer vertrauten Umgebung ermöglichen.

Wir werden den Aufbau von Sozialstationen unterstützen, um dort direkt oder von dort aus, über ambulante Dienste ältere Bürger, Behinderte und Suchtgefährdete betreuen zu können.

Wir wollen menschenwürdige Alters- und Pflegeheime schaffen, um alten Menschen den ihnen zustehenden sorgenfreien Lebensabend zu schaffen. Hierbei werden Staat, Kommunen und freie Träger zusammenwirken.

Wir wollen eine medizinische Betreuung organisieren, die hilft, Krankenhausaufenthalte zu verkürzen und Heimeinweisungen zu vermeiden. Kurzzeitpflege und Tagesbetreuung sollen berufstätige Familienangehörige unterstützen und entlasten.

Wir werden Beratungsdienste schaffen, die Behinderten, Kranken und Suchtgefährdeten in schwierigen Situationen und bei Konflikten Hilfe leisten.

Wir wollen die Integration des behinderten Menschen in das tägliche Leben. Behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene müssen ihrer Behinderung entsprechend gefördert und ausgebildet werden. Wo es finanzierbar ist, werden wir neue Wohnformen schaffen und Selbsthilfegruppen fördern und betreuen.

Wir wollen, daß die gut erhaltenen Kinderferienlager und -heime in der DDR den Kindern erhalten bleiben. Unter Einbeziehung von Wohlfahrtsverbänden, Kommunen und freien Trägern wollen wir die Kosten zu ihrer Erhaltung aufbringen und damit Kindern aus allen Teilen Deutschlands die Gestaltung ihrer Ferien ermöglichen.

Wir werden in Mecklenburg-Vorpommern ein europäisches Jugendwerk, eine Begegnungsstätte für umweltgeschädigte Kinder und Jugendliche, schaffen, in dem auf Empfehlung der Ärzte Kinder aus Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und unseren Nachbarstaaten Tschechoslowakei, Polen, der UdSSR und Rumänien betreut werden können.

Maßnahmen sozialdemokratischer Gesundheitspolitik

In unserer Gesundheitspolitik lassen wir uns von dem Gedanken leiten, daß Vorbeugung und Verhinderung von Erkrankungen Vorrang hat vor der „Reparatur“ körperlicher oder psychischer Schäden. Entsprechend diesem Grundsatz wollen wir auf die Gestaltung der Arbeitswelt, der Wohnwelt etc. Einfluß nehmen. Vor allem aber setzen wir uns für eine gesunde Umwelt als unentbehrliche Voraussetzung für die Gesundheit der Menschen ein.

Wo immer es geht, wollen wir medizinische Behandlung durch Gesundheitsvorsorge, durch Gesundheitsaufklärung und Gesundheitserziehung überflüssig machen.

Wir wollen für jeden Kranken unabhängig von seinem Einkommen bei freier Arztwahl die dem Stand der Wissenschaft entsprechende Behandlung ermöglichen.

Wir treten ein für eine gemeindenahere, ambulante und stationäre Behandlung in Einzel- und Gruppenpraxen, Gesundheitszentren und Sozialstationen.

Die sozialen und psychischen Aspekte von Krankheit müssen stärker beachtet werden und bei Rehabilitationsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Bei der Bekämpfung von Suchtgefahren sind Vorbeugung, Behandlung und Strafe gleichrangige Säulen, wobei im Interesse der Betroffenen der Grundsatz Hilfe statt Strafe steht.

Politik mit und für Frauen

Wir wollen Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch allen Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens widmen können. Wir wollen das Verfassungsgebot der Gleichstellung von Mann und Frau in die Praxis umsetzen. Wir werden hierzu innerhalb der Landesregierung die Belange der Frauen an herausragender Stelle auch administrativ deutlich machen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, daß Benachteiligungen von Frauen im Berufsleben abgebaut werden, daß die gewaltigen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse nicht auf dem Rücken der Frauen ausge tragen werden.

Wir wollen die Wahlmöglichkeiten für Frau und Mann zur Familienbetreuung oder Teilzeitarbeit verbessern. Wir streben Versicherungsschutz für jede Teilzeitarbeit an.

Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren eigenen Körper zu erhalten, die Beibehaltung der Fristenlösung bis zur 12. Woche und die Schaffung von Beratungsmöglichkeiten für Frauen und Männer in Konfliktsituationen. Wir setzen uns für den Abbau der Erschwernisse für die freiwillige Sterilisation der Frau und des Mannes ein.

Frauen waren und sind auf vielfältiger Weise Opfer von Gewalt. Wir unterstützen die Einrichtung von Frauenhäusern, in denen Frauen, die von Gewalt bedroht sind, Zuflucht finden können.

Wir Sozialdemokraten werden bestehende Einrichtungen für Kinder, wie Horte, Schulspeisung, Schulbusse gerade auch im ländlichen Raum sichern. Wir wollen Alleinerziehenden Unterstützung z. B. bei der Wohnungssuche oder der Kinderbetreuung gewähren.

Wir fördern Selbsthilfegruppen und Initiativen besonders auf dem Lande, die Frauen bei der Bewältigung ihres Alltagslebens Hilfe und Unterstützung geben können.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für die Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Formen des Zusammenlebens ein.

Verwaltung und Justiz, bürgernah und glaubwürdig

Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates ist eine Verwaltung und eine Justiz, zu denen der Bürger Vertrauen hat. Wir Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß dieses Vertrauen neu geschaffen wird. In Justiz und Verwaltung muß aufgeräumt werden.

Belastete Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Verwaltungsangestellte dürfen nicht in ihren Funktionen bleiben. Eine Überprüfung wird stattfinden müssen. Dafür werden unabhängige Richterwahlausschüsse und Gremien zur Berufung von Staatsanwälten und anderen Mitarbeitern der Landesverwaltung sorgen. Ernennungen auf Lebenszeit kommen in den nächsten 4 Jahren nicht in Frage.

Die Menschen in unserem Lande müssen davon ausgehen, daß ihre Intimsphäre vom Staat unangetastet bleibt. Der Schutz der Persönlichkeitsdaten wird ein besonderes Anliegen einer sozialdemokratischen Landesregierung sein, das wir durch ein Datenschutzgesetz verwirklichen wollen. Die Vergangenheit in diesem Bereich darf nicht einfach verdrängt werden. Die Stasiakten müssen unter strenger parlamentarischer Kontrolle und unter Mitwirkung der Bürgerkomitees aufgearbeitet werden.

Gegen beschuldigte Personen des alten Regimes wird eine von der SPD geführte Landesregierung Ermittlungsverfahren einleiten. Bei der Verfolgung ist das Strafrecht umfassend anzuwenden.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß Verfolgte des stalinistischen Regimes kurzfristig rehabilitiert werden. Die Landesregierung wird von der Bundesregierung verlangen, daß sie ihrer Pflicht zu Entschädigungsleistungen nachkommt.

Unrechtmäßig erworbenes Vermögen von Parteien und Organisationen muß Landeseigentum werden. Sozialdemokraten geben den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderung nicht auf.

Wir treten ein für humanen Strafvollzug und wollen die Resozialisierung in den Strafvollzugsanstalten in den Mittelpunkt stellen. Hier sind die Finanzmittel des Landes gut angelegt, da der volkswirtschaftliche Schaden rückfälliger Strafgefangener sehr hoch ist. Auch die Wiedereingliederungshilfen müssen durch das Land ausgebaut werden.

Wir werden das Vertrauen der Menschen in Verwaltung und Justiz wiederherstellen, indem wir eine Verwaltung schaffen, die für den Bürger da ist und nicht umgekehrt. Dies bedeutet für die Justiz den Aufbau eines unabhängigen Schiedsmannswesens vor Ort und die Beteiligung ehrenamtlicher Richter bei gerichtlichen Verfahren. Eine zivile Polizeiführung und die Einführung von Polizeibeiräten soll zu einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und Bevölkerung führen.

Eine funktionsfähige Justiz ist Grundlage des wirtschaftlichen Lebens.

Eine Grundlage der Marktwirtschaft ist ein reibungsloser Grundstücksverkehr. Wir treten deshalb für die Einrichtung leistungsfähiger Ämter und einer ausreichenden Zahl von Notariaten ein. Der Geschäftsverkehr bedarf darüber hinaus qualifizierter Rechtsanwälte und einer ausreichenden Zahl von Richtern. Wir werden dafür sorgen, daß junge Juristen nach demokratischen und rechtstaatlichen Grundsätzen ausgebildet werden.

Verwaltungen, klein und effektiv

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird es nicht zulassen, daß ein großer Verwaltungswasserkopf den Haushalt des Landes derart mit Gehaltszahlungen belastet, daß für Investitionen im Lande kein Geld mehr bleibt. Die Ministerien sollten so klein wie möglich bleiben. Die Verwaltung in den Gemeinden, Städten und Kreisen ist wichtiger, da diese direkt für den Bürger Leistungen erbringen. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist daher eines unserer wichtigsten Anliegen. Dies bedeutet, daß eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen erfolgen muß, so daß diesen eigene Finanzspielräume bleiben. Dazu gehört, daß den Kommunen ein Grundstock an Eigentum aus dem Treuhandvermögen übertragen wird.

Durchsetzung der öffentlichen Ordnung

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die öffentliche Ordnung, die in einigen Bereichen des täglichen Lebens Schaden genommen hat, durch die Ordnungsbehörden wiederhergestellt wird. Insbesondere muß die Verkehrssicherheit auf den Straßen von Mecklenburg-Vorpommern wieder erhöht werden.

Auf die Polizei kommen in den nächsten Monaten und Jahren neue Aufgaben zu. Drogenkriminalität und organisiertes Verbrechen wird es auch in unserem Lande geben. Die Polizeibeamten müssen durch Qualifizierungsmaßnahmen darauf vorbereitet werden. Auch muß die Ausrüstung der Polizei auf diese Art von Kriminalität abgestellt werden. Dabei darf diese Ausrüstung nur polizeitypisch sein.

Miteinander leben

Die Sozialdemokraten betrachten Ausländer, die ihren Lebensmittelpunkt in unserem Lande haben, nicht als Gäste, sondern als gleichberechtigte Mitbürger. Sie sind human und sozial zu behandeln. Wir haben aber auch Verständnis für die Ängste und Sorgen der deutschen Bevölkerung im Umgang mit Menschen, die ihnen bisher fremd waren. Wir wollen eine Politik machen, die den Abbau von Ängsten zum Ziel hat. Dazu gehört, daß wir jede Ghettobildung verhindern wollen.

Wir stehen zum Asylrecht. Das Verfahren zur Anerkennung von Asylbewerbern ist im Rahmen rechtstaatlicher Grundsätze so kurz wie möglich zu gestalten.

Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport

Bildungschancen sind Lebenschancen

Das Recht auf Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Oberster Grundsatz sozialdemokratischer Bildungspolitik ist die Chancengleichheit und die bestmögliche Förderung aller Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die sich bilden oder weiterbilden. Niemand darf im Bildungssystem benachteiligt oder gar ausgegrenzt werden. Dies erfordert ein differenziertes und offenes Bildungsangebot.

Bildung zu vermitteln, ist Auftrag und Pflicht des Staates. Bildung ist immer ein Angebot. Der Grad seiner Annahme und die Möglichkeit der Auswahl liegen in der persönlichen Entscheidungsfreiheit der Kinder, Jugendlichen und Eltern.

Wir wollen Schulen, die solange wie möglich das gemeinsame Lernen und damit gemeinsame Erfahrungen – auch mit behinderten Kindern – ermöglichen, die Auslese von Schülern möglichst vermeiden und die guten Schüler in ihren spezifischen Leistungsstärken besser fördern als bisher.

Kindergärten, Schulhorte und ähnliche Einrichtungen wollen wir erhalten.

Wir werden uns für die Einrichtung von pädagogischen und psychologischen Beratungsstellen für Eltern einsetzen.

Wir setzen uns dafür ein, daß Schulen und Kindergärten in nichtstaatlicher Trägerschaft entstehen können. Sie dürfen jedoch nicht nach Besitzverhältnissen, Religion oder Nationalität der Eltern aussondern. Sie müssen Mitbestimmung ermöglichen, ein gleichwertiges Leistungsniveau garantieren und die Lehrkräfte nicht gegenüber den Lehrern staatlicher Schulen benachteiligen.

Eine gute Berufsausbildung entscheidet über die Zukunftschancen junger Menschen. Sie ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Im dualen System kommt der Wirtschaft die Verantwortung für die betriebliche Ausbildung der jungen Menschen vorrangig zu. In Mecklenburg-Vorpommern wird die Wirtschaft den Bedarf an Ausbildungsplätzen in den nächsten Jahren aber noch nicht abdecken können. Wir Sozialdemokraten setzen uns deshalb dafür ein, daß ein 1000-Ausbildungsplätze-Programm durch die zukünftige Landesregierung aufgelegt wird. Wir wollen uns ferner für den Erhalt und Ausbau des Bildungsgangs „Berufsausbildung mit Abitur“ einsetzen.

Wir wollen der Jugend die Möglichkeit für eine sinnvolle und selbstverwirklichende Freizeitgestaltung geben. Wir werden die Schülerfreizeitzentren weiter fördern und wollen deren weitergehende Nutzung als Jugendzentren anstreben.

Wissenschaft und Freiheit

Unser Ziel ist es, daß Wissenschaft und Studium in Freiheit und ohne ideologische Bevormundungen gewährleistet sind. Im Rahmen der Möglichkeiten des Landes wollen wir für eine gute materielle Ausstattung unserer Hochschulen sorgen. Die Freiheit von Forschung und Lehre bedingt allerdings, daß sich die in der Wissenschaft Tätigen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußt sind.

Wir treten dafür ein, daß die Autonomie der Hochschulen im Rahmen der Verfassung wiederhergestellt wird. Die innere Organisationsstruktur muß so gestaltet sein, daß alle an der Hochschule Tätigen mit wirksamen demokratischen Mitbestimmungsrechten ausgestattet sind.

Wir treten für soziale Absicherung der Studentinnen und Studenten ein. Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) müssen ihnen in vollem Umfang gewährt werden. Wir unterstützen die Bildung eines unabhängigen, demokratisch kontrollierten Studentenwerks.

Wir wollen Menschen, die kein Abitur oder sonstige formale Hochschulzugangsberechtigung nachweisen können, jedoch eine besonders hohe Qualifikation im Beruf, in der beruflichen Bildung oder in der Weiterbildung erworben haben, den Zugang zur Hochschule ermöglichen.

Kultur – ein Ausdruck von Lebensqualität

Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, daß kulturelle Aktivitäten dort gefördert werden, wo sie entstehen, wo Menschen miteinander wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Wir wollen sowohl die in der Vergangenheit hier entstandenen kulturellen Traditionen und Eigenarten als auch die Ansätze einer alternativen Kultur Möglichkeiten der Entfaltung eröffnen.

Wir sind für eine demokratische Kultur, die geprägt ist durch Dialog und Toleranz, durch parteipolitische Unabhängigkeit der Medien und den öffentlich-rechtlichen Status von Rundfunk und Fernsehen als Dominanten der Medienlandschaft.

Kultur und Kunst stehen unter dem besonderen Schutz einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung. Den von vielen Künstlern und Freunden der Kultur befürchteten „Kahlschlag“ beim Übergang in die Marktwirtschaft wird es mit uns nicht geben.

Die sozialen, rechtlichen und materiellen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, daß Kultur und Künste sich auch unter Marktbedingungen behaupten können. Dazu gehört u. a. die Berücksichtigung der Freischaffenden bei Subventionen, die Verstärkung des urheberrechtlichen Schutzes für Künstler, die Schaffung von Versicherungssystemen für Freischaffende sowie die Unterscheidung im Miet- und Pachtrecht zugunsten von Räumen und Gebäuden für künstlerische Arbeiten im Unterschied zu Gewerberäumen. Die Vermarkter kultureller Produkte sind an der sozialen Sicherung der Künstler zu beteiligen.

Städte und Gemeinden entscheiden selbst darüber, welche Mittel sie für Kultur und Kunst einsetzen. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird sie durch ein Kulturförderungsgesetz unterstützen und so für den Erhalt und den Ausbau einer vernünftigen, bedürfnisgerechten kulturellen Infrastruktur von Bibliotheken bis zu Theatern, von Kulturhäusern bis zu Museen sorgen.

Kulturpolitische Entscheidungen – einschließlich der Vergabe von Fördermitteln – wollen wir grundsätzlich demokratisieren: durch die Einbeziehung von Beiräten mit künstlerischer Sachkompetenz auf allen politischen Ebenen, durch öffentliche Ausschreibungen von künstlerischen und kulturpolitischen Leistungsfunktionen und Großaufträgen, durch die Förderung genossenschaftlicher Kulturmodelle und Selbstorganisation der Künstler.

Sport – eine Form der Lebensäußerung

Der Sport ist ein Bestandteil der Kultur des Menschen. Die sportliche Betätigung ist unter gesundheitlichen wie unter gesellschaftlichen Gesichtspunkten wertvoll. Wir Sozialdemokraten unterstützen und fördern deshalb ein möglichst breites Angebot der körperlichen Betätigung für alle – vom Freizeit- und Breitensport bis hin zum selbstgewollten Leistungssport.

Wir wollen, daß der Sport sich selbständig, parteiunabhängig und weitgehend ehrenamtlich organisiert. Die Entwicklung des Vereinslebens, die Kommunikation zwischen diesen und anderen Verbänden wollen wir national und international fördern.

Wir wollen, daß unsere Jugend möglichst ungehindert Zugang zu allen sportlichen Betätigungen findet. Wir setzen uns deshalb in besonderer Weise für den Schulsport sowie den Hoch- und Fachschulsport ein.

Den durch eine Kommerzialisierung des Sports zu erwartenden Einschränkungen und sozialen Ungerechtigkeiten wollen wir entgegenwirken. Die Nutzung der Sportstätten im Rahmen des Vereinssports wollen wir deshalb per Gesetz regeln.

Die sportmedizinische Betreuung in Hinsicht auf Vorbeugung, Behandlung und Genesung dient der Gesundheit aller Sporttreibenden und darf nicht aufgelöst werden. Besonders fördern werden wir den

Rehabilitations- und Therapiesport, den Gesundheitssport sowie den Versehrten- und Behindertensport.

Die Politik hat die Aufgabe in möglichen Konflikten zwischen Sport und Umwelt zu vermitteln. Wo es jedoch der Naturschutz gebietet, muß der Sport zurücktreten.

Für unsere Kinder wollen wir Sportflächenplanung betreiben, die auch den Bolzplatz an der Ecke und weitere Möglichkeiten für Sport und Spiel in Wohnungsnähe beachtet.

Umweltschutz und Tourismus

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist in unserem Land weit fortgeschritten. 40 Jahre SED-Herrschaft erweisen sich gerade auch in der Umweltpolitik als ein System organisierter Verantwortungslosigkeit. Wir müssen heute neu lernen, umsichtig mit der Natur umzugehen und eine ökologisch verantwortbare Lebensweise einüben. Dabei hat Mecklenburg-Vorpommern mit seinen z. T. noch intakten Landschaften, mit seinen Küsten, den Seen, Alleen etc., sehr gute Voraussetzungen eine lebenswerte Umwelt zu erhalten und gestalten.

Wir werden die in unserem Land angerichteten Umweltschäden beseitigen müssen. Wir werden aber auch den wirtschaftlichen Neuanfang unter Berücksichtigung der ökologischen Belange gestalten. Wir Sozialdemokraten wollen dabei Ansprechpartner sein für alle Bürger, die sich in Initiativen, Kirchengemeinden und Verbänden für einen solchen Neuanfang engagieren. Wir wollen mit einem Umweltministerium ein leistungsfähiges Instrument zur Koordinierung umweltpolitischen Handelns schaffen.

Umwelterziehung und Umweltforschung

Das Wissen über ökologische Zusammenhänge stellt heute einen unentbehrlichen Bestandteil der Allgemeinbildung dar. Wir wollen deshalb die Umwelterziehung in den Schulen in den zu vermittelnden Lehrstoff aufnehmen. Wir wollen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Trägern dafür sorgen, daß Bildungsangebote zum betrieblichen Umweltschutz, zur Umwelttechnik und zum Umweltschutz im Haushalt angeboten werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß an den Hochschulen Forschungs- und Lehrmöglichkeiten zu umweltbezogenen Problemen wie der Umwelttechnik, des ökologischen Bauens und der ökologischen Landwirtschaft geschaffen werden.

Naturschutz

Wir wollen schützenswert erkannte Landschaftsteile sichern und eine artenreiche Natur erhalten. Dazu wollen wir ein abgestuftes System von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten, Biosphärenreservaten und Naturparks ausweisen. Besonders schützenswerte Gebiete wollen wir in enger Abstimmung mit den dort lebenden Menschen und in Zusammenarbeit mit dem Bund und den betroffenen Kommunen zu Nationalparks erklären.

Gewässerschutz

Sauberes Wasser ist ein unentbehrliches Lebensmittel. Saubere Seen, Bäche und eine saubere Ostsee sind zudem unverzichtbare Reichtümer unseres Landes. Die Sanierung der vielfach belasteten Gewässer betrachten wir als eine vorrangige öffentliche Aufgabe. Hierzu wollen wir den Bau von Kläranlagen für Städte und Gemeinden in Angriff nehmen. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Betrieben solche Produktionsverfahren, die umweltgefährdende Abwässer entstehen lassen, zugunsten unbedenklicher Verfahren zurückdrängen. Wir werden Fragen des Gewässerschutzes zu einer vorrangigen Aufgabe der Gewerbeaufsicht machen.

Wir wollen die Überdüngung unserer Bäche und Seen und den Eintrag von Gülle durch entsprechende Auflagen für die Landwirtschaft verhindern. Wir werden eine ökologisch verträgliche Fischwirtschaft fördern.

Bodensanierung/Bodenschätze

Die Böden haben in einem Ausmaß Schadstoffe aufgenommen, daß es heute vielerorts über Staub oder über die Nahrungskette zu ernststen Gesundheitsgefahren für Menschen gekommen ist. Die Erfassung von Altlasten in einem Kataster muß am Beginn eines umfassenden Sanierungsprogramms stehen. Der Eintrag von Giftstoffen durch Industrie und Landwirtschaft ist durch moderne Verfahren erheblich zu reduzieren.

Wir wollen unsere Bodenschätze vor Raubbau schützen. Die optimale Nutzung der mineralischen Rohstoffe muß durch geologische Erkundung sowie Kontrolle der Vorräte gewährleistet werden. Ausgebeutete Lagerstätten sind wieder urbar zu machen oder in Rückzugsgebiete für Flora und Fauna umzuwandeln.

Abfall: Vermeiden, vermindern, verwerten

Eine geordnete Abfallwirtschaft ist gerade angesichts der Flut neuer Produkte mit ihren aufwendigen Verpackungen unverzichtbar. An Stelle wilder Kippen muß eine den gesetzlichen Bestimmungen geordnete, umweltgerechte Behandlung treten. Das SERO-System ist zu erhalten und durch eine umfassende Modernisierung auf die neuen Gegebenheiten anzupassen. Als vorrangig aber sehen wir die Müllvermeidung an. Soweit dazu Änderungen der Bundesgesetze notwendig sind, wird eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung im Bundesrat dazu Initiativen einbringen. Den Mülltourismus in unserem Land wollen wir beenden.

Ökologische Stadtentwicklung

Entgegen aller Propaganda wurde die Wohnraumfrage in 40 Jahren SED-Herrschaft nicht gelöst. Dieser Aufgabe müssen wir uns weiter, aber in neuer Qualität widmen.

Die Sanierung der Altstädte und die Schaffung von schönen Neubauten, die dem ländlichen Charakter unserer Region entsprechen, sind durch umfangreiche Fördermaßnahmen von Bund und Land abzusichern. Dabei ist der gemeinnützige und der private Wohnungsbau gleichermaßen zu fördern.

Die notwendige umfangreiche Rekonstruktion der Bausubstanz in Städten und Gemeinden sollte unter Berücksichtigung der Prinzipien des ökologischen Bauens erfolgen. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird bei eigenen Baumaßnahmen hier modellhaft tätig werden und ein Beratungsangebot für Kommunen und für private Bauträger schaffen.

Für einen sanften Tourismus

Wir wollen mit der Leitvorstellung eines umweltorientierten Fremdenverkehrs diesen Wirtschaftszweig in unserem Land entwickeln. Wir wollen keine anonymen Bettenburgen, sondern einen Fremdenverkehr, der es den Gästen ermöglicht, in Kontakt zu Land und Leuten zu kommen und der es unseren Menschen ermöglicht eine Identität als Gastgeber zu entwickeln. Wir wollen den Gästen Mecklenburg-Vorpommern als Kulturlandschaft mit seiner Natur, den Menschen, ihrer Sprache, ihren Eigenarten vermitteln. Wir wollen mit Hilfe des Tourismus eine dezentrale Entwicklung der Wirtschaft voranbringen.

Wir wollen deshalb Investitionen in den Tourismus mit strengen ökologischen Auflagen verbinden. Wir wollen ein Sicherungsgesetz verabschieden, mit dem wir wertvolle Landschaften vor Spekulationen schützen.

Anknüpfend an alte Tradition wollen wir das Kur- und Bäderwesen erneuern.

Maßnahmen der Dorf- und Stadtsanierung sowie der Denkmalpflege sind nicht nur im Interesse der Menschen hier notwendig; sie sind auch eine Investition für ein attraktives Ferienland Mecklenburg-Vorpommern.

Wir wollen die Gründung von Fremdenverkehrsvereinen fördern, die zum einen Marketing- und Werbungsaufgaben für das klein- und mittelständische Tourismusgewerbe übernehmen, zum anderen als

Koordinierungsorgane dienen können bei der praktischen Entwicklung der Leitvorstellung eines sanften Fremdenverkehrs.

Wir wollen ein vielfältiges Angebot schaffen, das Baden, Surfen, Segeln an der Küste ebenso umfaßt wie Ferien auf dem Land. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die mecklenburger Seen zu Deutschlands Paradies für Wasserwanderer werden.

